

6./VII. 1916

140

Bundestag der österreichischen Frauenvereine.

Freitag hat die große ereignisreiche Tagung der österreichischen Frauenvereine begonnen. Die Tagung wurde mit einem von Frau Marianne Hainisch abgehaltenen Empfang im wunderschönen, in Blumenpracht prangenden Stadtpark eröffnet. Zwanglos kamen die Gäste der verehrten Frau Hainisch zusammen, um bei einer gemütlichen Wiener Hause ein Stündchen zu verplaudern. Frau Hainisch hatte für jeden Gast ein liebes Wort, ging von Tisch zu Tisch, um zu begrüßen, und man konnte wieder einmal sehen, wie ungeheuer beliebt sie bei Jung und Alt ist. An einem Tisch sah man die ungarischen und Berliner Gäste, darunter Gräfin Apponyi, Gertrude Bäumer, Frau Dr. Salomon, die sich rasch mit den Oesterreicherinnen befreundeten. Um halb 8 Uhr ging es in die Handelskammer zum ersten Abendvortrag, der das Thema: „Die Erziehungsaufgabe der Frau“ behandelte.

Die Bundesvorsitzende Frau Marianne Hainisch besprach die Notwendigkeit der Schaffung von Erziehungsberatungsstellen, welche das Interesse der Bevölkerung im Erziehungsfragen anregen und auf die Anleitung der Eltern zu zweckmäßigen Erziehungsmaßnahmen zunächst Einfluß zu nehmen hätten. Die Rednerin erörterte einige wichtige Reformen auf dem Gebiete des Erziehungswesens, schilderte die Säuglingspflege von einst und jetzt. Nach einer Gegenüberstellung des einstigen und jetzigen Hauswesens und des Frauenlebens wies die Bundespräsidentin auf die Reformen hin, welche auf dem Gebiete der Jugendzucht sich vollzogen haben. Zu den empfehlenswertesten Reformen gehöre die Festlegung von Erziehungsgrundsätzen, die Beratung der Eltern, die Errichtung von Heimstätten für die Kinder, deren Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu beaufsichtigen. Dringend notwendig sei eine einheitliche Jugendgesetzgebung, welche ein Erziehungsgesetz zu schaffen hätte, das würdig wäre, an die Seite des Reichsvolksschulgesetzes gestellt zu werden.

Gräfin Albert Apponyi, Vorsitzende des Bundes ungarischer Frauenvereine, erklärte einleitend, daß ihre persönlichen Erfahrungen sich fast ausschließlich auf die Familie beschränken und sie daher nur vom Standpunkte der Durchschnittsfamilienmutter sprechen könne. In der Erziehung, der physischen sowohl wie der geistigen, falle die Hauptaufgabe der Mutter zu. Wir brauchen dort, wo die Mutter zur Erziehung verhindert ist, Heimstätten für Kinder von der zartesten Kindheit bis zur Vollendung der Erziehung, und diese sollen dann die Zuflucht derjenigen sein, die keine Familie haben! Nun erörterte die Rednerin die Einrichtungen im einzelnen, u. a. sagte sie: Die Kinder sollen in kleine Gruppen geteilt sein, und da eine Erziehung ohne festen religiösen Unterbau nicht denkbar ist, sollten sie nach ihrem Glauben eingeteilt werden, nicht aus Intoleranz, jeder von klein an lernt die Ueberzeugung anderer achten, wird sich aber auch nicht scheuen, seinen Glauben hochzuhalten.

Diese Anschauung, so gut sie auch gemeint ist, kann natürlich nicht als richtunggebend anerkannt werden. Denn auch in Schulen werden nicht Klassenweise die christlichen, jüdischen und evangelischen Kinder getrennt erzogen. Das wäre ein sehr einseitiger Standpunkt, der des schlechtesten Erfolges sicher sein könnte. Einschachtelung in diesem Sinne entspräche wohl nicht ganz dem modernen Zeitgeist.

Frau Paula Müller, Vorsitzende des Deutsch-evangelischen Frauenbundes (Hannover), erörterte den Einfluß des Krieges auf die Erziehungsaufgaben und Erziehungsideale der Frau. Aus Verantwortlichkeitsgefühl werde aber auch die Frau ihren Anteil suchen und finden, um handelnd und mitbestimmend für die Entwicklung des Volkes für die Zukunft der Jugend einzutreten.

An einem der nächsten Tage sprach Frau Dr. Alice Salomon, stellvertretende Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine (Berlin): Die weibliche Jugend wird nach dem Kriege zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Betätigung suchen. Die Mädchen werden nach dem Kriege Aufgaben für ihr persönliches Leben zu lösen haben, die besondere Ansprüche an ihre Charakterkräfte stellen, denn die Erfüllung des natürlichen Weiberschicksals durch die Ehe ist für Tausende von Mädchen durch den Krieg erschwert. Nur wenn die Mädchen herangezogen werden zur Tüchtigkeit in der beruflichen Leistung, zu dem Gefühl der Verantwortung für das soziale Leben und zu hohen sittlichen Grundsätzen in ihrem persönlichen Leben, wird aus aller Not des Krieges ein Land und Volk mit neuen stärkeren sittlichen Energien, mit reiferen Menschen, erfüllt von höheren Idealen, hervorgehen.

Frau Herta v. Sprung besprach die Schicksale der Mitgeschwestern, die in dieser Versammlung nicht vertreten seien, die Mädchen aus den Arbeiterkreisen und aus der Landwirtschaft, die von der Allgemeinheit noch so gut wie alles zu fordern hätten — Fortbildung, Rechtsschutz, eine freundlich helfende Hand im harten Arbeitsleben.

Frau Dr. Schwarzwald sagte u. a.: Nach dem Kriege wird darauf geachtet werden müssen, die weibliche Jugend nicht allzu einseitig auf soziale Arbeit hinzulenken, denn nicht alle Mädchen sind sozial veranlagt. Die Erziehung muß in richtiger Weise geleitet werden, aber auch die Umgebung der Kinder muß in dieser Weise einwirken. Man darf nicht, indem man die Kriegswirkungen und die Verminderung der Männerzahl im Auge hat, allzu einseitig die Berufsbetätigung in den Vordergrund rücken. Im Gegenteil wird durch die notwendige Sparsamkeit sowie durch die vermehrte Sorge die Verantwortung und Wichtigkeit der Hausfrau und Mutter bedeutend vergrößert. Eine gehörige Vorbereitung der Mädchen für ordentliche Hauswirtschaft wird also noch wichtiger sein als vor dem Kriege. Von selbständigen neuen weiblichen Berufsarten ist vor allem an die bisher vernachlässigte Land- und Gartenwirtschaft zu denken. Nur durch die erhöhte Wichtigkeit, die wir der Urproduktion geben, können wir uns von diesem Kriege erholen.

Sonntag sprach dann über „Rechtsfragen der erwerbenden Frauen“ vor allem Frau Dr. Gertrude Bäumer, Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine, Berlin. Rednerin führte u. a. aus: Die Berufsfragen der Frauen müssen in Zukunft stärker und konsequenter als bisher in Verbindung mit der ganzen Frage der Selbstbehauptung und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Nation betrachtet werden. Dabei sind die folgenden Tatsachen für die Zukunft entscheiden: Die Anspannung aller Kräfte, zu der die Mittelmächte gezwungen sein werden, um nach dem militärischen Existenzkampf mit verminderten Arbeitskräften auch den wirtschaftlichen gewinnen zu können, und die Tatsache, daß zahllose Frauen gezwungen sein werden, ihren Haushalt selbst bestreiten zu müssen. Rednerin erklärte den Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ als den besten Schutz gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft der Frau auf Kosten der Mutterchaftsleistung.

Ueber die angenommenen Anträge werden wir noch berichten.

Frau Regine Ullmann beantragte die Einführung eines obligatorischen Hauswirtschaftskurses für schulentlassene Mädchen. In den Rahmen der achtklassigen Schule läßt sich der hauswirtschaftliche Unterricht nicht pressen, daher sei der Ausbau der vierten Bürgerschulklasse mit hauswirtschaftlichem Unterricht anzustreben. Diese Kurse wären Sache des Landes; wo die Mittel unzureichend, habe der Staat, der ein eminentes Interesse an der Aufzucht des kommenden Geschlechtes habe, einzutreten. Der Antrag im Sinne ihrer Ausführungen wurde einstimmig angenommen.

Frau Freund-Markus beantragte nach ausführlicher Begründung: „Maßnahmen zur Anerkennung der Hausfrauen-tätigkeit als Berufstätigkeit.“ Dieser Antrag wurde der Rechtskommission des Frauenbundes überwiesen, er fand ungeteilten Beifall.

Der Antrag auf Schaffung von Erziehungsräten und einem obersten Erziehungsrate wurde ebenfalls angenommen. Frau Marie Turnowsky, Vorsitzende des Zentralvereines der staatlichen Vertragsbeamtinnen, stellte den Antrag, daß der Bund österreichischer Frauenvereine die geeigneten Schritte zur Aufhebung des Zölibates der im aktiven Staatsdienste befindlichen weiblichen Angestellten mache. Der Bundesvorstand erweiterte diesen Antrag dahin, daß alle Bundesvereine ihren Einfluß geltend machen möchten, daß gesetzlich verboten werde, die Zölibatsklausel in öffentlichen und privaten Dienstverträgen mit Frauen aufzunehmen. Diese Anträge wurden einstimmig angenommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung war die Bundespräsidentin Frau Hainisch der Gegenstand überaus stürmischer und herzlicher Ovationen. Sie wurde in Würdigung ihrer großen Verdienste um den Bund der österreichischen Frauenvereine und um die Frauenbewegung zum ersten Ehrenmitgliede des von ihr geleiteten Bundes ernannt. Frau Hainisch dankte tief bewegt für die ihr erwiesene Auszeichnung.